



Rölnische Rundschau

THEMA

Das Hamburger Modell

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen in Hamburg ist besiegelt. Unionspolitiker erklärten, das Modell sei auf Bundesebene nicht denkbar. Experten wie der Freiburger Politikwissenschaftler Ulrich Eith (Foto, r.) sehen das anders.



„Die Spielregeln der Zukunft“

Experten halten schwarz-grüne Koalition auch auf Bundesebene für vorstellbar

Professor Dr. Ulrich Eith ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg. Mit ihm sprach Ralph Kohkemper.

Schwarz-Grün in Hamburg, das erste Bündnis auf Länderebene. Ist das eine Zäsur in der politischen Parteienlandschaft, gleichbedeutend mit der ersten rot-grünen Regierungsbildung in Hessen vor 23 Jahren?

Ich glaube schon. Die Regierungsbildung in Hamburg zeigt die Spielregeln der Zukunft in einem Fünf-Parteien-System. Es wird deutlich, dass sich die Mehrheiten anders als bisher zusammensetzen werden.

Ist Schwarz-Grün damit auch ein Modell für den Bund?

Ja, ganz eindeutig. Natürlich bleibt der Wunschpartner der Union die FDP. Doch mit Schwarz-Grün kommt jetzt eine weitere Option hinzu, wenn es für eine bürgerliche Mehrheit nicht reichen sollte. Die große Koalition kann kein Dauerzustand sein.

Diese lagerübergreifende Koalition erfordert aber auch neue Wahlkampfstrategien. Die Parteien werden stärker als bislang ihre Inhalte herausstellen müssen, um dann zu sehen, mit wem man sie umsetzen kann. Kurzum, mit Schwarz-Grün in Hamburg ist „Jamaika“ auch im Bund denkbarer geworden.

Jürgen Trittin, der designierte grüne Spitzenkandidat, hat bereits gesagt, er könne sich eine Koalition mit einer CDU unter Bundeskanzlerin Angela Mer-



Partner in spe? Jürgen Trittin (Grüne) und Kanzlerin Angela Merkel (CDU), hier bei einem Treffen 2006, gaben sich skeptisch. (Foto: dpa)

kel vorstellen. Die Union schließt aber Schwarz-Grün auf Bundesebene bisher kategorisch aus.

Der Umworbene ziert sich immer etwas. Das ist Teil des politischen Spiels und treibt den Preis in Höhe. Das wird sich aber schnell ändern, sollte man im Bund in Zukunft tatsächlich die Grünen zur Regierungsbildung brauchen.

Glauben Sie, dass intern in Unionskreisen über die Option

Schwarz-Grün nachgedacht wird?

Ich kann es mir gar nicht anders vorstellen. Ein Bündnis mit den Grünen ist eine weitere Alternative. Am linken Rand hat sich die Linkspartei etabliert, während die Grünen längst in der Mitte angekommen sind. Die CDU wird das sehr genau registrieren.

Sehen Sie denn Schnittmengen?

Das ist regional unterschied-

lich. Und bei so ideologisch geführten Wahlkämpfen wie in Hessen wird ein Zusammengehen natürlich schwierig. Bei Fragen der Wirtschafts- und Haushaltspolitik sind sich aber Union und Grüne bei vielen Themen durchaus einig. Auch die Grünen stehen beispielsweise für einen konsolidierten Haushalt. Andererseits: Bei Fragen der Ökologie und der Energie klaffen die Vorstellungen weit auseinander. Und Innere Sicherheit und

Atompolitik sind ziemlich dicke Knackpunkte.

Dennoch. Noch vor zehn Jahren wäre Schwarz-Grün nicht einmal denkbar gewesen. Was ist passiert?

Das Feindbild ist weg. Auf beiden Seiten. Wähler wie Politiker der Union haben eine grüne Partei in der Regierungsverantwortung gesehen. Ein Außenminister Joschka Fischer hat, bei aller politischen Auseinandersetzung mit Rot-

Grün, beispielsweise gezeigt, wie seriös die Grünen geworden sind. Gerade unter den jüngeren Unionswählern sind grüne Positionen durchaus populär.

Und auch die Union ist andererseits heute deutlich weniger konservativ. Hier hat ein Generationswechsel stattgefunden.

Der FDP kann die Diskussion um Schwarz-Grün nicht gefallen.

Ganz sicher nicht. Sie war ja bisher die Mehrschaffbeschafterin, sowohl für die CDU als auch für die SPD, beispielsweise in der sozial-liberalen Koalition unter Helmut Schmidt. Jetzt sind die Grünen ein Konkurrent für beide Optionen, der zudem ähnliche Wählerschichten anspricht, also Gruppen mit gehobenem Einkommen und höherem sozialen Status. In Politikfeldern wie Innere Sicherheit oder Bürgerrechte vertreten die Grünen längst sozialliberale Positionen.

Und was heißt das für die SPD und Kurt Beck?

Die SPD könnte die Diskussion einer schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene gelassener sehen. Denn für die Grünen ist ja ein Zusammengehen mit der SPD nach wie vor die erste Wahl. Zudem hat die SPD die Option von Rot-Rot-Grün.

Wer ist der Gewinner? Union oder Grüne?

Das ist schwer abzuschätzen, die Grünen haben sicherlich größere Vermittlungsprobleme. Die Öffentlichkeit muss sich erstmal an eine schwarz-grüne Landesregierung gewöhnen. Das war auch bei Rot-Grün 1985 in Hessen so.